

Dresdner Volkszeitung

Sammelkontor: Leipzig.
Abend & Rumpf, Nr. 20618. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Sammelkontor: Gebr. Arnhold, Dresden.

bonnementopris mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, und einschließlich Beitragslohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen jährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 6.80. Ertheilt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Westinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Westinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszzeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagesposten Beiträge mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt erhöht, ebenso auf Vereinssanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voran zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 106.

Dresden, Mittwoch den 8. Mai 1918.

29. Jahrg.

Der Frieden von Bukarest.

Zwischen Eismeer und Schwarzen Meer.

Durch die militärischen Entscheidungen des Weltkrieges ist das ganze ungeheure Gebiet zwischen Eismeer und Schwarzen Meer in einen Zustand der Auflösung und Kriegsfestigung getreten. Der Friede von Brest-Litowsk brachte für die östlichen Russland und dem Kaukasus noch lange keinen Frieden. Das sich im Osten vor unseren Augen noch immer abspielt, ist eine Revolutionierung aller bisherigen Staaten-Verbündete, ein Untergang und Aufruhr, ein Zerfallen und Aufrordnen. Doch kann heute niemand sagen, wie die Zukunft des südlichen Russlands, wie die Zukunft der östlichen Grenzländer aussehen wird. Innerhalb dieser ungeheuren Umgestaltungen, die in grossen Ausmaßen der Gewaltigkeit des Weltkrieges gleichkommen, bedeutet der Friedensschluss mit Rumänien eine neue Phase und hoffentlich einen Schritt vorwärts. Amlich wird gemeldet:

wid. Bukarest, 7. Mai. Der Friedensvertrag mit Rumänien ist heute um 12 Uhr vormittags von den Vertretern der vier verbündeten Mächte unterzeichnet worden. Die feierliche Einhaltung, in der die Unterzeichnung erfolgte, fand unter dem Vorste des Staatssekretärs v. Kuhlmann im Schloss Cotroceni, und zwar in demselben Raum statt, in dem seinerzeit der Eingang Rumäniens in den Weltkrieg beschlossen wurde. Der Friede wird den Namen Friede von Bukarest tragen.

Wie der heute veröffentlichte Friedensvertrag zeigt, hat sich an den schon bekannten Grundlinien des Vertrags, trotz den langen Verhandlungen, nichts Wesentliches verändert. An Österreich verliert Rumänien seine Karpathenhälfte, an Bulgarien und den verbündeten Mächten sein bisheriges Osteuropäische Gebiet. Einsiedeln wird jedoch nur die Dobrujadscha an Bulgarien gegeben, während die Nordostrussische Gemeinschaftsstadt der verbündeten Mächte bleibt. Nach den bisherigen Meldungen muss angenommen werden, dass nur ein vorübergehender Zustand ist und dass wohl bald das ganze Dobrujadscha an Bulgarien übergehen wird. Deutschland wird begünstigt mit gewissen Rechten für die Belebung der Bahlinien und des Orients von Constanza, die zugleich für die Türkei und Rumänien als Ausweg zum Schwarzen Meer wichtig sind. Tief Linie soll nicht ganz in bulgarische Hände gelegt werden, was aber schließlich mit der gegebenen soll, gehört zu den vielen Fragen, die im Balkansee Vertrag offen bleiben.

Dass die ganze Dobrujadscha nicht sofort an Bulgarien übergeht, mag wohl am türkischen Widerstand liegen. Bulgarien erfährt durch diesen Frieden eine gewaltige Territorialerweiterung, während die Türken, deren Truppen doch am Feldzug in der Dobrujadscha wirklich teilgenommen haben, zunächst leer ausgeht. Deswegen möchte die Türkei Kompen-sationsansprüche in dem Gebiet geltend machen, das sie 1915 an Bulgarien hat abtreten müssen. Es handelt sich um das Vorlande der Festung Adrianopel, das die Bulgaren im ersten Balkanfeldzug zugesprochen erhalten, im zweiten Balkankrieg wieder verloren und 1915 erneut auf friedlichem Vertragswege erworben; es zum zweiten Male herauszugeben findet sie wenig gerecht. Die Vermittlung, die die Mittelmächte in diesem türkisch-bulgarischen Streite übernommen haben, hat wohl zu keinem blinden Resultat geführt.

Rumänien verliert, selbst wenn es Bessarabien zurückgewinnt, einen wichtigen Teil seiner bisherigen Schwarzmeerküste, den es so bald nicht wiederherstellen wird. Eine bulgarisch-rumänische Spannung wird bleiben, und man muss abwarten, ob das für die Zukunft des Balkans bedeutet. Dass Rumänien die Benutzung des Donauweges und der Bahlinie nach Konstanza garantieren wird, schafft für das niedergeworfene Bessarabienland zunächst einen Ausweg. Gerade die Mittelmächte haben ein besonderes Interesse daran, dass Rumänien existenzfähig bleibt. Dieses Interesse kommt im Friedensvertrag durch die Abmachungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausdruck. Rumänien liefert uns Weizen, Mais, Petroleum; wirtschaftliches Gedanken gehört zu einer Lebensfrage Deutschlands und Österreich-Ungarns. Die wirtschaftlichen Verhandlungen sollen vorläufig geklärt werden durch die Fortsetzung der deutschen Militärverwaltung in Rumänien auch über den Friedensschluss hinaus. Das deutsche Volk muss dringend hoffen, dass die deutsche Verwaltung sich dieser Situation Rumänien besser gewachsen zeigt, als es in der Ukraine Fall gewesen ist.

Leider das Ministerium Marghiloman, das seinem Amt für diesen Friedensschluss verantwortlich ist, wissen wir nicht. Marghilomans nächste Aufgabe wird sein, die königliche rumänische Kammer aufzulösen, aus der Bevölkerung die Brătianu-Clique zu entfernen und den Friedensvertrag im neuen Parlament bestätigen zu lassen. Sie haben mehrfach hingewiesen auf die Gefahr, die die Annexion der Dobrujadscha für die Zukunft bedeutet. Nachdem der Frieden von Bukarest geschlossen worden ist, möchten sie vor allen Dingen die Hoffnung aussütteln, dass dieser Friede trotz allem zu einem dauernden und wirtschaftlichen werden muss, was man von dem Frieden mit Großrussland und der

Der amtliche deutsche Kriegsbericht. wth. (Amtlich.) General Hauptquartier, den 8. Mai 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich vom Niemandsland nahmen wir bei erfolgreicher Erkundung Beigter gefangen. Auf dem Schlachtfeld in Flasberg und an der Lys lebte der Artilleriekampf am Rennweg, bei und westlich von Vaillet auf.

In Voreilbläufen auf dem Schlachtfeld an der Somme wurden Engländer und Franzosen gefangen. Beiderseits der Straße Gœrs-Drais griff der Feind nach kurzer Minenworbereitung erstmals an. Verteilungen wurden durch unser Feuer wirkungsvoll gestoppt. Bei einem in der Nacht südlich von der Straße wiederholten Angriff waren wir den Feind im Gegenschlag zurück. Starke Feuerkraft hielt am Luce-Dach und auf dem Westufer der Lys an.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Bon den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Geheime Generalquartiermeister: Ludendorff.

Ukraine bis heute leider nicht sagen kann. Der Osten ist trotz aller Friedensschlüsse ein Gebiet unbegrenzter Möglichkeiten geblieben.

Im Hauptauschuss des Reichstages hat Bismarck von Bauer ein Bild von dem Stand der Dinge im Osten zu geben versucht. Was er sagte, war wenig und inhaltslos. Das Industrieseite bedeuten seine Erklärungen über die deutsche Einigung in Finnland. Diese ist erfolgt, um im Norden in militärischer wie politischer Hinsicht einen endgültigen Friedenszustand zu schaffen; mit seien von der rechtsmäßigen finnischen Regierung um unsere Einmischung gebeten worden. Nach den Vorgängen in der Ukraine können uns solche Argumente noch weniger bedeuten denn vorher. Man hätte sie so ähnlich auch zur Begründung des deutschen Vorwurfs in der Ukraine, und die Verhaftung des Rada vor dem vorläufigen Schluss davon. Am Montag hat Herr von der Bussche den neuen Hetman der Ukraine als deutschfreundlich bezeichnet, und heute schon berichtet auch der halb-offizielle Polizeizeiger, dass Storopodolsk Vergangenheit durchaus deutschfeindlich geführt sei. Es scheint, dass unsere Regierung ebenso mangelhaft informiert ist, als sie mangels Informationen an die Volksvertreter ausgibt. Herr von Bauer wird darum auch nicht erwarten können, dass seine Erklärungen höher denn als Pflichtrede gewertet werden. Er hat leider vergessen zu sagen, wo denn eigentlich der deutsche Vorwurf zum Stehen kommen soll und was man in Berlin auf den russischen Protest gegen die Besetzung von Orel, Kursk, Woronesch und das Vordringen im taurischen Gebiet antworten will.

Weiter im Süden ist die Türkei drauf und dran, sich einen über den türkisch-russischen Friedensvertrag hinzuschlagenden Gebietszuwachs durch Angliederung der Kaukasus-republik zu schaffen. Man kann die Sehnsucht der Konstantinopler Regierung nach Rückeroberung der im Jahre 1878 verlorenen Gebiete von Kars, Batum und Ardahan verstehen. Ob diese Ausnutzung der augenblicklichen Hilflosigkeit Groß-Russlands jedoch politisch klug ist, steht auf einem anderen Blatte.

Wenn sich die Türkei bei diesem Vorhaben wirklich wenigstens auf die Volksmehrheit dieser vorläufig fragwürdigen Kaukasus-republik stützen könnte. Aber die kaukasische Delegation, die da in Konstantinopel ihren Wunsch nach Angliederung „Asia-Kaukasiens“ an die Türkei kundgab, hat wahrscheinlich nicht mehr hinter sich, als die baltischen Barone in den Ostseeprovinzen.

So ist im Osten noch alles im Fluß, noch vieles in Härting. Als Deutschland ist das litauische und das politische Problem schwächer denn je zuvor, für Österreich-Ungarn ist die Balkanfrage eine noch ungeklärte Ruh — trotz dem rumänischen Frieden. Es gibt eben Fragen der Weltpolitik, die sich durch militärische Entscheidungen allein nicht lösen lassen, sondern nach Verstand und Verständigung verlangen.

wth. Bukarest, 7. Mai. Die Verhandlungen in Bukarest waren am Abend des 6. Mai zum endgültigen Abschluss gelangt, so dass die Unterzeichnung des gesamten Vertragsvertrages für den vormittag des 7. Mai angezeigt werden konnte. Am Vorabend hatte der Generalfeldmarschall v. Radenau alle hier anwesenden Delegierten zu einem Mahle geladen, an dem auch der Ministerpräsident Marghiloman, der Minister des Außenwesens und die übrigen rumänischen Unterhändler teilnahmen. Der Generalfeldmarschall feierte in einer Ansprache die Bedeutung der geleisteten Staatsmännischen Arbeit und Verständnis, die Bevölkerungen zu den erzielten schönen Erfolge, indem er hervorholte, dass mit dem rumänischen Frieden der Krieg im Osten keinen Abschluss gefunden habe. Zugleich vertiefte er der Hoffnung zuversicht, dass Rumänien auf der Grundlage dieses Friedens einen glücklichen Zukunft entgegengehen werde, und schloss mit der Aufforderung an die Anwesenden, auf das Wohl und Gedanken und die Freundschaft ihrer Heimatländer zu trinken.

Telegrammwchsel zwischen Kaiser und Kanzler.

Der Reichskanzler meldete in einem Telegramm an den Kaiser, das mit dem Frieden von Bukarest auf der gesamten Ukraine der Kriegszustand beendet sei. Damit sei ein Erfolg errungen, dessen weitreichende Größe erst später Genossen in ihrem vollen Umfang würdig werden.

Der Kaiser gab in seiner Antwort seiner Freude und Dankbarkeit über den abgeschlossenen Frieden Ausdruck und hörte dann fort: Gott wird uns helfen, den Kampf zu dessen Weiterführung und die Friedensfeindliche Haltung der noch gegen uns stehenden Habsburger, Frankreichs und Italiens zu besiegen und zum Wohl Deutschlands und seiner Verbündeten fröhlich abzuschließen.

Auch der Staatssekretär v. Kuhlmann erhielt ein Danktelegramm und den Kronenorden I. Klasse.

Der weiße Sieg in Finnland.

Kopenhagen, 7. Mai. Das finnische Hauptquartier in Vaasa meldet vom 4. Mai: Der Sieg über die Mole Garde ist nun vollständig. Frederikshamn, die letzte Stellung der Revolutionäre ist genommen. Eine Reitereiabteilung ist in die Stadt eingedrungen, kurz darauf ein Teil eines anderen Regiments. Die Stadt befindet sich jetzt Beschützen, 20 Maschinengewehre, 1000 Gewehren und zwei bewaffneten russischen Schiffen. In Rosta wurden zwei Panzerfahrzeuge mit einem schweren Geschütz und großem Maschinengewehr genommen. Außerdem 30 Geschütze, zahlreiche Maschinengewehre und 400 Gewehre. In Rosta wurden 4000, in Frederikshamn 300 Gefangene gemacht.

Die Offzäger vor dem Hauptauschuss.

Universitätsliches in der Armee u. Schiffahrt.

Bei Beginn der Dienstag-Sitzung teilte der Kriegsminister mit, dass jedem Mitglied des Ausschusses ein Heft der Druckschriften folge übergeben würde, die in der Armee des Generals v. Eichhorn aufzustellungsbedürftig waren benötigt wird. Der Kriegsminister lehnte jede Verantwortung für das Druckwerk ab und bezeichnete es als unverantwortlich. In dieser Beurteilung der Druckschriften waren sich alle Mitglieder des Ausschusses einig. Man forderte, dass auch die anderen Hefte vorgelegt werden sollen und behielt sich vor, auf die Soche im Plenum des Reichstags eingehend zu sprechen zu kommen. Der Ausschuss wandte sich dann wieder den Vorgängen in der Ukraine zu. Unterstaatssekretär v. d. Bubis erklärte, der russische Botschafter Herr Joffe sei lediglich mit einer Urkunde angelangt, durch die er bei der Regierung als bevollmächtigter Vertreter der russischen Republik eingesetzt wird.

Abg. Graf Metzger besprach dann die Vorgänge in der Ukraine. Er erklärte, dass er mit den Maßnahmen, die dort getroffen worden sind, durchaus einverstanden sei. Es war die Aufgabe der dortigen Militärverwaltung (?) dafür zu sorgen, dass die Bauarbeiten des Adels geschahen würden. Ein „heiles Regieren“ war unverträglich, weil sonst die ukrainische Regierung ihre Pflicht nicht erfüllt hätte. Ob die neue Regierung großrussisch orientiert sei, müsse zunächst einmal abgewartet werden. In einem Zusammenschluss Großrusslands und der Ukraine liege jedenfalls durchaus keine Gefahr für Deutschland und Russland aus, wenn sie beide zusammen einig sind. Die Regierung dürfte nicht die ausführliche Tugend der Reichstagsmechtheit sein, denn das widerspricht der Verfassung. Der Kanzler müsste vielmehr auf das nachhaltige Interesse des militärischen Zielen“ jederzeit Rücksicht nehmen. Die Mehrheit des Reichstags hat ganz offen einen ganz ungünstigen Einfluss auf die Regierung aus.

Abg. Graf Metzger erfuhr sich dann in einer ehrfürchtigen Rede eingehend über das ganze Gebiet der Ukraine. Er erklärte, dass Ziel der deutschen Regierung sei, mit den von Russland abgesetzten Pölkern in Friede und Freundschaft zu leben. Der Weg dazu sei der der Verständigung, nicht aber der der Vergewaltigung. Bei der Reichsbehörde der Staaten finde aber nicht nach einer Abschaffung geachtet werden, insbesondere schon deshalb nicht, weil an der Entscheidung auch Österreich beteiligt sei. Unter Einschätzung des Adels sei vertraglich worden durch militärische und wirtschaftliche Momente. Im Kampf gegen die Finnländer stand zweifellos auch regulär russisches Militär, nicht nur die russischen Böschungstruppen. Unsere Flotte in der Ostsee war dadurch dauernd bedroht, deshalb war es notwendig, dem Zielsetzen der finnischen Regierung zu folgen und in Finnland einzudringen. Wir haben dort nun jährlings etliche, was wir wollten, nämlich die Sicherung der Ostsee, und haben dadurch gleichzeitig die Schweden einen Schutzwall gegen den Osten geschaffen, dessen erdringend bedeutsam und für den es unabdingbar sein wird. Besonders Finnland und Schweden steht die Regierung auf dem Boden der Antwort, die der Reichskanzler den Vertretern dieser Länder im finnischen Hauptquartier gegeben hat. Die Aufstände in Finnland sind derart verworren, dass es eine gewisse Zeit dauern wird, bis dort eine eigene Verwaltung geordnete Zusammenfassung kann. An der Ukraine geben wir durchaus Kontakt mit der österreichischen Regierung. An die inneren Verhältnisse und einschätzlichen, haben wir nicht die Absicht. Aber wir müssen doch für die Sicherheit unserer Männer dort vorbereitet sein und vor allen Dingen dafür, dass die zusätzlichen Maßnahmen von der Ukraine tatsächlich auch gefestigt werden. Herr v. Bubis befürchtet dann, dass die deutsche Regierung karlsruhe am 2. Mai einen weiteren Befreiungsbefehl befolgt. Ein Befreiungsbefehl zwischen der Reichsregierung und der Obersten Verwaltung besteht nicht, die Regierung lasse sich nur von ihrem Pflichtgebot leiten.

Abg. Graf Metzger (Marshall) erklärt, die die Situation sehr bedeutsam, dass Graf Metzger mit der österreichischen Befreiungsbefehl einverstanden sei. Es kann nicht beweisen werden, dass die Regierung unter dem Titel der Obersten Verwaltung führt. Die Regierung habe niemals den Weg der Verständigung gerügt, sondern